

Unterschriften-Aktion gegen den Skandal organisiert für Sie vom GEB Frankfurt

Frankfurt wird von der Landesregierung bestraft - kein Geld zur Aufstockung des Kita-Personals!

Liebe Eltern,

im April war es schon durch die Presse gegangen: Weil die Stadt Frankfurt bereits frühzeitig damit angefangen hatte, nämlich schon 2006, die Betreuungsqualität in den städtischen Kindertageseinrichtungen durch Anhebung des Personalschlüssels zu optimieren, wird sie jetzt von der Landesregierung für ihre gute Tat bestraft: Die Stadt erhält zu aller Überraschung doch kein zusätzliches Geld vom Land Hessen zur weiteren Aufstockung des Personals in städtischen Kitas! Der Grund: Frankfurt hätte mit der Optimierung der Betreuungsqualität noch warten müssen bis zum 1. September 2009. An diesem Tag nämlich erst traten die sogenannten 'Mindeststandards zur Betreuung von Kleinst- und Kindergartenkindern' (pro Kindergruppe 2 Erzieherinnen statt nur 1,5) erst in Kraft.

Jetzt soll Frankfurt deshalb leer ausgehen!

Dafür erhalten alle diejenigen hessischen Kommunen eine 'Finanzspritze für verbesserte Personalausstattung in städtischen Kindertagesstätten', **die bislang einfach nix gemacht haben** – genauer: die bis zum 1. September 2009 noch immer nicht in zusätzliches Personal investiert hatten, also das Problem ausgesessen haben! Glückwunsch!

Reingelegt und angeschmiert!

Und das Beste kommt noch: Diese "Stichtagsregelung" wurde von der Landesregierung vorher nicht mitgeteilt. Ganz im Gegenteil: Noch in einem Brief von Familienminister Jürgen Banzer (CDU) an den städtischen Eigenbetrieb Frankfurts im Herbst letzten Jahres hieß es ausdrücklich: die Kosten würden auch denjenigen Trägern erstattet, die bereits **vor** Inkrafttreten der neuen Mindestverordnung freiwillig höhere Standards vorgehalten hätten. Für die Stadt bedeutet die Absage des Landes einen **Verlust von mindestens 9,8 Millionen Euro**.

Das ist Wortbruch gegenüber der Stadt - und dem Politik-Wähler.

Wir – der GEB der Stadt Frankfurt, der sich für die Belange der Eltern, von 140 städtischen Kitas einsetzt, wollen der Landesregierung unseren Unmut zeigen - mit einer Unterschriftenaktion gegen diese Ungerechtigkeit. Denn wir finden:

Das ist ein Skandal!

Wenn Sie das auch finden, dann geben Sie unserer 'GEB-Aktion gegen den Skandal' Ihre Unterschrift – in der im Flur ausgehängten Liste. Diese Aktion ist in Ihrem Sinne! Wir wollen damit gegenüber der Landesregierung für Sie erreichen, dass auch in Frankfurt die Qualität der Betreuung Ihrer Kinder weiterhin gesichert bleibt.

Bitte denken Sie daran: Eltern sind auch Parteien-Wähler.

Politiker wissen das sehr gut!

Deshalb: Nutzen Sie die Kraft Ihrer Unterschrift – und machen Sie mit.

Ihr GEB-Frankfurt